



An die  
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 21. November 2022

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion  
am 21. November 2022**

**Inhalt**

<b>1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....</b>	<b>2</b>
<b>2. ZUR LAGE .....</b>	<b>4</b>
<b>3. ZUR WOCHE.....</b>	<b>16</b>
ZP: Bau von Flüssiggasinfrastruktur erleichtern.....	16
ZP: 200 Euro für Studierende, Fach- und Berufsschüler:innen .....	16

## 1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

### **Haushalt 2023: Wir stärken den Zusammenhalt in der Zeitenwende**

Wir haben mit dem Bundeshaushalt 2023 die schwierige Balance aus notwendigen Investitionen in die Zukunft, gesellschaftlichem Zusammenhalt unseres Landes und haushaltspolitischer Vernunft geschafft.

Wir behalten das Wichtigste im Blick und setzen inmitten zahlreicher Krisen klare Prioritäten. Dieser Haushalt steht für soziale Gerechtigkeit auch in der Zeitenwende. Zudem gehen wir wichtige Zukunftsinvestitionen an. Unsere Haushaltspolitik zeigt, dass diese Koalition gemeinsam an Lösungen arbeitet, statt das Trennende zu suchen. Wir wollen gemeinsam die Zukunft gestalten und stemmen uns mit aller Kraft gegen die Klimakrise und gegen die immensen Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Diesen Krisen begegnen wir entschlossen und mit der Überzeugung, dass unser Handeln einen Unterschied macht.

Mit der Umsetzung des Entlastungspaketes unterstützen wir diejenigen, die inmitten einer der schwersten Krisen seit Bestehen der Bundesrepublik dringend Hilfe brauchen. Das Bürgergeld, die Erhöhung des Kindergeldes, die Hilfe bei den Heizkosten, all das findet sich im neuen Haushalt wieder. Gleichzeitig stehen wir zu unserer internationalen Verantwortung.

Unsere Haushaltspolitik ist progressiv und nachhaltig. Zahlreiche Verbesserungen im Regierungsentwurf wurden durch Umschichtungen und andere Prioritätensetzungen finanziert. Das ist gerade jetzt wichtig, um Vertrauen zu schaffen und Stabilität zu geben. Gleichzeitig können wir mit einer Krisenvorsorge im Jahr 2023 flexibel auf Unvorhergesehenes reagieren.

### **Jede Frau soll gewaltfrei leben**

Der 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Noch immer gehört geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zur bitteren Realität – weltweit und auch in Deutschland. Das muss sich ändern! Wir machen uns stark für ein gewaltfreies Leben aller Frauen.

Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Strategie gegen Gewalt ein. Dabei wollen wir besonders die Gewaltprävention und Rechte der Betroffenen in den Fokus nehmen. Als wichtigstes völkerrechtliches Instrument im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden wir die Istanbul-Konvention mit einer staatlichen Koordinierungsstelle vollständig umsetzen. Gewalt gegen Frauen ist menschenverachtend. Daher werden wir das Strafrecht konkretisieren und geschlechtsspezifische Tatmotive ausdrücklich in die Liste menschenverachtender Tatmotive aufnehmen. Ist eine Straftat durch das Geschlecht des Opfers motiviert, soll dies zu einer Verschärfung der Strafe führen.

Gewaltbetroffene Frauen brauchen verlässlichen Schutz. Das Recht darauf werden wir für jede Frau und ihre Kinder absichern. Mit dem Bundesförderprogramm Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen fördern wir bereits erfolgreich den bundesweiten Ausbau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen. Wir werden einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern sicherstellen und das Hilfesystem bedarfsgerecht ausbauen. Künftig ist eine Bundesbeteiligung an der Regelfinanzierung vorgesehen.

Seit Wochen gehen Frauen und Männer im Iran auf die Straße, um für Freiheit und Frauenrechte zu kämpfen. Wir verurteilen das brutale Vorgehen des iranischen Regimes gegen Demonstrierende aufs Schärfste und stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die mit ihrem unfassbaren Mut für eine freie Gesellschaft kämpfen.

Unser Koalitionsvertrag ist auch ein Vertrag für ein gewaltfreies Leben für Frauen. Die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie der Schutz und die Unterstützung der Betroffenen haben für uns oberste Priorität.

## 2. ZUR LAGE

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

in dieser Woche beraten wir abschließend den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2023 sowie den Finanzplan bis 2026. Der Bundesetat für 2023 sieht nun Ausgaben von 476,3 Milliarden Euro vor – noch deutlich mehr als ursprünglich veranschlagt. Der Bund nimmt dafür Kredite in Höhe von 45,6 Milliarden Euro auf. Unsere Haushaltspolitik zeigt, dass diese Koalition an gemeinsamen Lösungen arbeitet, statt das Trennende zu suchen. Wir werden gemeinsam die Zukunft gestalten und stemmen uns mit aller Kraft gegen die Klimakrise und gegen die immensen Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine.

Die Ergebnisse der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses, der sogenannten Bereinigungssitzung, tragen eine klare parlamentarische und sozialdemokratische Handschrift. Wir konnten an entscheidenden Stellen noch Verbesserungen erreichen. Viel Geld fließt angesichts der hohen Energiepreise im kommenden Jahr in Entlastungen für Bürger:innen und Wirtschaft. Das Bürgergeld, die dauerhafte Erhöhung des Kindergeldes, die Hilfe bei den Heizkosten, all das findet sich nun im Haushalt wieder. Besonders freue ich mich, dass wir das Kindergeld für alle Kinder auf jeweils 250 Euro pro Monat erhöhen. Für eine Familie mit drei Kindern wären das 1.044 Euro mehr im Jahr. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten ist dies gerade für Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen wichtig und es ist eine Leistung, die bleibt. Ein weiterer Verhandlungserfolg ist die Lösung für die Übergangsfinanzierung der Sprach-Kitas. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug, gemeinsam mit den Ländern dieses erfolgreiche Programm fortzusetzen.

Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine löst nicht nur unfassbares Leid in der Ukraine aus, er verschärft auch massiv die weltweiten Krisen. Mit insgesamt jeweils eine Milliarde Euro zusätzlich für Außen und Entwicklungszusammenarbeit zeigen wir, dass wir in Deutschland zu unserer internationalen Verantwortung stehen und die Menschen nicht im Stich lassen. Hinzu kommen die aus dem Entlastungspaket vereinbarte eine Milliarde Euro für den Kampf gegen den Hunger für dieses Jahr. Damit stärken wir Parlamentarier:innen den finanziellen Beitrag für die friedliche Entwicklung in der Welt.

Wir stellen uns der Klimakrise entschlossen entgegen und stärken wichtige Programme im Klima- und Transformationsfonds. Wir verbinden die Bekämpfung der fossilen Energiekrise mit dem Klimaschutz, stärken die Effizienzberatung und legen ein Programm für den schnelleren Austausch alter Heizungsanlagen mit Wärmepumpen auf. Auch international haben wir den Klimaschutz im Blick und erhöhen die Mittel für die internationale Klimainitiative. Sowohl mit dem Klima- und Transformationsfonds als auch mit dem Etat des Bundesumweltministeriums unterstützen wir die Anpassung an die Folgen der Klimakrise.

Neben kurzfristigen, krisenbedingten Maßnahmen ist es wichtig in die Zukunft zu investieren. Das spiegelt sich auch im Haushalt wider: 500 Millionen Euro im nächsten Jahr und eine Milliarde Euro in den Folgejahren stehen für den Schienenverkehr zusätzlich zur Verfügung. Wir unterstützen Kommunen aktiv bei ihren Investitionsvorhaben, zum Beispiel für Schwimmbäder und Jugendclubs, sowie bei der Anpassung an den Klimawandel und beim natürlichen Klimaschutz. Allein mit diesen Investitionsprogrammen bringen wir insgesamt 700 Millionen Euro für Investitionen in den Kommunen auf den Weg. Wir werden unser Land gerechter, moderner, digitaler und nachhaltiger machen.

Neben den Haushaltsberatungen beobachten wir aufmerksam die jüngsten Entwicklungen auf internationaler Ebene. Es ist ein sehr wichtiges Signal, dass die größten Industrie- und Schwellenländer auf dem G20-Gipfel auf Bali klare Worte gegen Putins Krieg in der Ukraine gefunden haben. In der Abschlusserklärung des Gipfels haben sie den Angriffskrieg scharf verurteilt und klargestellt, dass der Einsatz von Atomwaffen niemals akzeptiert werden wird – ein wichtiger diplomatischer Meilenstein, der auch Ländern wie Indien und Südafrika zu verdanken ist. Zuvor hatte unser Bundeskanzler bei seinem Besuch in China erreicht, dass Xi Jinping sich klar gegen den Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine ausspricht. Der Krieg gefährdet unsere Sicherheit in Europa und birgt ein unkalkulierbares Eskalationspotenzial.

Rund 200 Staaten haben auf der UN-Klimakonferenz in Ägypten vor allem über die Frage beraten, wie Hilfen an ärmere Länder für klimabedingte Verluste und Schäden ausgestaltet sein können. Die Verhandlungen waren wie zu erwarten schwierig und langwierig. Es ist richtig, dass Deutschland weitere 60 Millionen Euro für den globalen Klima-Anpassungsfonds zugesagt hat, damit Entwicklungsländer beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels wie steigendem Meeresspiegel und Erosion unterstützt werden können. Es ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit, dass wirtschaftlich starke Länder – auch China als größter Emittent der Welt – einen angemessenen finanziellen Beitrag dazu leisten, damit die Folgen der Klimakrise in der Welt abgemildert werden. Zudem müssen wir ambitionierter bei der CO<sub>2</sub>-Minderung auf globaler Ebene werden.

Mit Spannung blicken wir auf diese Woche: Bund und Länder verhandeln über das Bürgergeld, das wir im Bundestag letzte Woche bereits in 2./3. Lesung beschlossen haben. Von den unionsgeführten Ländern erwarten wir eine konstruktive und sachorientierte Haltung in den Verhandlungen. Das Bürgergeld ist eine der größten Sozialreformen der vergangenen 20 Jahre, die für mehr Sicherheit, Respekt und Chancen sorgen wird. Es darf nicht Gegenstand parteipolitischer Spielchen werden – auch Friedrich Merz muss das jetzt einsehen.

Euer

gez. Dr. Rolf Mützenich

## Überblick zu den Schwerpunkten im Entwurf des Bundeshaushalts 2023

### **Zukunftsinvestitionen**

Der Etat des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ist der größte Investitionshaushalt des Bundes. Wir haben im parlamentarischen Verfahren sichergestellt, dass Mittel in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zusätzlich mobilisiert werden, die insbesondere in den Schienenverkehr fließen. Damit stellen wir die Leistungsfähigkeit der Schieneninfrastruktur sicher.

Darüber hinaus investieren wir erheblich in die Digitalisierung der Schiene, um die Kapazitäten zu steigern und dafür zu sorgen, dass mehr Züge das Netz nutzen können. Zusätzlich 103,8 Millionen Euro im nächsten Jahr und weitere 324,6 Millionen Euro in den Folgejahren stellen wir dafür bereit. Für störfesten Zugfunk und besseren Mobilfunk in Zügen investieren wir zusätzlich 23 Millionen Euro in die Umrüstung auf das GSM-R Funksystem.

Um die Güterverlagerung von der Straße auf die Schiene voranzutreiben, reduzieren wir die Kosten im Schienengüterverkehr, unterstützen den Einzelwagenverkehr und fördern die Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK). Dafür investieren wir insgesamt 353 Millionen Euro zusätzlich in diesem Bereich.

Wir werden den Schifffahrtsstandort Deutschland weiter stärken. Deshalb haben wir in den parlamentarischen Beratungen 250 Millionen Euro zusätzlich für diesen Bereich zur Verfügung gestellt. Deutschlands Häfen und die maritimen Versorgungswege sollen leistungsfähiger und resilienter gemacht werden. Deshalb finanzieren wir eine Studie sowie Vorbereitungen auf Niedrigwassersituationen auf dem Rhein, stellen Mittel bereit, damit Präsenzschlepper auf Elbe und Weser havarierte Schiffe in kurzer Zeit bergen können und statten die für maritime Sicherheit zuständige Behörde, das Maritime Sicherheitszentrum (MSZ) in Cuxhaven zusätzlich besser aus.

Für eine bessere und zügige Digitalisierung unseres Landes investieren wir 86 Millionen Euro zusätzlich in den flächendeckenden Breitbandausbau. So stellen wir sicher, dass künftig auch auf dem Land eine leistungsfähige digitale Infrastruktur vorhanden ist. Wir unterstützen Forschung und Projekte im Bereich der automatisierten und vernetzten Verkehrssysteme mit 18,7 Millionen Euro zusätzlich.

Auch im kommenden Jahr unterstützen wir den Mittelstand mit dem zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) weiter deutlich: 2023 stehen für das ZIM 700 Millionen Euro zur Verfügung. Um die Mittel für das Programm „Berufliche Bildung für den Mittelstand – Lehrlingsunterweisung“ auf dem derzeitigen Niveau von 70 Millionen zu halten, stellen wir

10,8 Millionen Euro mehr bereit. Mit diesem Programm werden Lehrgänge für Auszubildende im Handwerk in mehr als 500 Berufsbildungszentren angeboten.

Den für kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, so wichtigen Bereich der Fachkräftesicherung unterstützen wir auch künftig finanziell: Insgesamt 27,5 Millionen Euro stellt der Bund bereit – ein notwendiges und wichtiges Signal an die deutsche Wirtschaft. Wir sorgen so dafür, in- und ausländische Fachkräftepotenziale für die kleine und mittelständische Wirtschaft zu heben, unterstützen Unternehmen bei der passgenauen Besetzung von Ausbildungsplätzen und helfen bei der Erschließung der Ausbildungs- und Beschäftigungspotenziale von Geflüchteten und ausländischen Fachkräften.

Nicht zuletzt stärken wir auch 2023 Potenziale des Tourismusgewerbes in Deutschland. So steigen die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) um über 6 Millionen Euro auf dann insgesamt über 40,6 Millionen Euro. Mit dem jetzigen Etat der DZT kann die Arbeit, gezielt touristische Nachfrage in ausländischen Quellmärkten zu erzeugen und so den deutschen Incoming-Tourismus zu stärken, auf hohem Niveau weiter fortgesetzt werden. Zudem stocken wir die finanziellen Mittel für die Fortschreibung der Nationalen Tourismusstrategie, für bessere Barrierefreiheit im Tourismus und für Entwicklung und die Etablierung der „Nationalen Plattform für den Tourismus“ um 1,3 Millionen Euro auf nun wieder knapp drei Millionen Euro auf.

Die Beteiligung am europäischen Gesundheitsprojekt IPCEI Health, die ursprünglich vom BMWK aus dem Haushalt herausgestrichen wurde, haben wir im parlamentarischen Verfahren wieder aufgenommen: Zwischen 2023 und 2028 fließen insgesamt 185 Millionen Euro in dieses wichtige Projekt der europaweiten Förderung der industriellen Gesundheitswirtschaft zum Beispiel im Bereich der kostenintensive Biotechnologie, Medizintechnik und Digital Health. Das ist ein wichtiges Signal für den Industriestandort Deutschland und den Erhalt unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Computerspielebranche erhält für das Games-Förderprogramm im Jahr 2023 rund 21 Millionen Euro mehr, insgesamt dann also 70 Millionen Euro. Damit kann das zwischenzeitlich gestoppte Förderprogramm für Computerspiele wieder geöffnet werden.

Mehr Geld gibt es außerdem im Bereich der Industrieforschung für Unternehmen: Mit zusätzlichen 20,5 Millionen aus dem parlamentarischen Verfahren erreicht das Programm mit 270 Millionen Euro nun in 2023 wieder das Niveau aus diesem Jahr. Es dient insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen und unterstützt diese bei der Kooperation von Forschungsvorhaben. Das Ziel: Die Durchführung von Projekten, bei denen sich eine wirtschaftliche Verwertung abzeichnet. Damit leisten wir ein Beitrag zur praxisorientierten Forschung in unserem Land, stärken gleichzeitig die Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze – und das in besonderem Maße in strukturschwachen Regionen im Osten.



Und erneut haben wir das Handwerk in den Blick genommen und dafür gesorgt, dass für die Berufliche Bildung und Fortbildungseinrichtungen auch im kommenden Jahr 38 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Mit einem verbesserten BAföG sorgen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit. Studierende sowie Schüler:innen profitieren von höheren Fördersätzen und mehr junge Menschen können durch höhere Elternfreibeträge gefördert werden. Im Haushalt 2023 sind 2,7 Milliarden Euro für das BAföG vorgesehen. Zugleich investieren wir in die berufliche Aufstiegsfortbildung. Die Exzellenzinitiative berufliche Bildung werden wir zudem mit weiteren 22,8 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre unterstützen (Verpflichtungsermächtigungen).

Wir fördern modernes, digitales Lernen. In sogenannten TUMO-Zentren können Jugendliche zwischen zwölf und 18 Jahren kostenlos digitale Lernangebote nutzen – wir stellen insgesamt drei Millionen Euro zur Gründung zweier Zentren zur Verfügung. In Berlin gibt es ein solches Zentrum bereits. Mit zwei Millionen Euro zusätzlich unterstützen wir Volkshochschulen dabei, mehr Alphabetisierungskurse anbieten zu können.

Wir haben für eine Dynamisierung der Mittel für den Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ gesorgt, das heißt, jedes Jahr steigen die Mittel für gute Lehre an Hochschulen im Schnitt um drei Prozent. Damit setzen wir ein zentrales Vorhaben des Koalitionsvertrags um.

Für eine starke Forschungslandschaft in Deutschland sichern wir die vereinbarten Aufwüchse im Pakt für Forschung und Innovation für die kommenden Jahre weiter ab. Forschende können sich in Deutschland auf eine sichere Finanzierung verlassen.

Das zentrale Instrument der Bundesregierung zur Erreichung unserer Klimaziele ist der Klima- und Transformationsfonds (KTF). Die Programmausgaben allein für das Jahr 2023 wachsen auf über 35 Milliarden Euro an. Schwerpunkte sind die Bereiche Gebäudesanierung mit 16,9 Milliarden Euro, die Dekarbonisierung der Industrie und der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft mit 3,5 Milliarden Euro, der Umweltbonus mit 2,1 Milliarden Euro, die Förderung der Ladeinfrastruktur mit 1,93 Milliarden Euro und Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz mit gut 590 Millionen Euro in 2023. Für alle genannten Maßnahmen steht in den Folgejahren ein Vielfaches an Geld zur Verfügung.

## **Sozial und klimagerecht bauen und wohnen – Kommunen beim Klimaschutz unterstützen**

Im parlamentarischen Verfahren haben wir eine Erhöhung der Mittel für den Bereich Bauen und Wohnen von über 2,3 Milliarden Euro erzielt. Damit stehen 2023 insgesamt 7,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir sorgen mit den Mitteln dafür, dass Bauen und Wohnen der Zukunft bezahlbar, klimaneutral und barrierearm werden.

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss bezahlbar sein. Für das ab Januar geltende neue „Wohngeld Plus“ haben wir im Haushalt vorgesorgt: Wir erhöhen die Mittel für das Wohngeld um 2,2 Milliarden Euro auf 2,9 Milliarden Euro.

Der soziale Wohnungsbau bleibt, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ein wichtiger Schwerpunkt – das ist vor allem unser Verdienst. Dafür stellen wir in den kommenden Jahren 14,5 Milliarden Euro bereit. Bereits in 2022 haben wir zwei Milliarden Euro bereitgestellt, in 2023 sind es nun 2,5 Milliarden – und der Betrag wird weiter steigen bis wir ab 2025 bei 3,5 Milliarden jährlich sind.

Darüber hinaus wollen wir verstärkt genossenschaftliches Wohnen unterstützen. In 2023 stehen über ein KfW-Programm neun Millionen Euro zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen für selbstgenutzten Wohnraum zur Verfügung. Junge Familien mit durchschnittlichem Einkommen sollen auf diesem Weg Wohneigentum erwerben können. Das Programm ist im Oktober gestartet und auch in den Folgejahren finanziell abgesichert.

Im Klima- und Transformationsfonds stehen in den kommenden Jahren eine Milliarde Euro für Neubauvorhaben bereit, davon 350 Millionen Euro für die Wohneigentumsförderung sowie 650 Millionen Euro für die allgemeine Neubauförderung. Damit setzen wir unsere Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. Der Eigentumserwerb soll durch eigenkapitalersetzende Darlehen gesenkt werden. Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden langfristig mit Tilgungszuschüssen und Zinsverbilligungen beim Eigentumserwerb unterstützt.

Durch die demographische Entwicklung steigt der Bedarf an barrierefreien Wohnungen und Häusern. Im parlamentarischen Verfahren haben wir erreicht, das KfW-Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ mit 75 Millionen Euro für eine neue Förderrunde 2023 auszustatten. Mit der Erhöhung schaffen wir die Voraussetzungen, dass ältere Menschen länger in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben können.

Bei der Städtebauförderung halten wir das Niveau: 790 Millionen Euro werden wir auch im kommenden Jahr in den Umbau und die Entwicklung von Städten und Gemeinden investieren und so beispielsweise Innenstädte und Ortszentren weiter stärken, Leerstand bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren unterstützen.

Ein wichtiger Beitrag gegen die Spaltung der Gesellschaft ist die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit. Insgesamt 1,5 Millionen Euro stellt der Bund hierfür zur Verfügung.

Für das erfolgreiche Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ stellt der Bund zusätzliche Mittel in Höhe von 400 Millionen Euro bereit. Damit können weitere Projekte wie Sanierungen oder Ersatzneubauten von Schwimmbädern, Sporthallen, Jugendclubs oder Kultureinrichtungen gefördert werden. Die Bedeutung des Sports kann für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. So stärken wir die soziale Integration und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Einen besonderen Fokus legen wir auf eine verbesserte Energieeffizienz, was vor dem Hintergrund der Energiekrise eine wichtige Aufgabe ist. Wir unterstützen die Kommunen bei der nachhaltigen und klimaneutralen Sanierung von Sport-, Jugend und Kulturstätten – ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.

Außerdem unterstützen wir die Kommunen mit mehr Geld für ihre Parks und Grünanlagen: Für das Sonderprogramm des Bundes zur „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ (Parkprogramm) wurden im parlamentarischen Verfahren weitere 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit den Mitteln können die Kommunen öffentlich zugängliche Grün- und Freiräume wie Parks und Gärten klimafreundlich weiterentwickeln und dringend notwendige Klimaanpassungsstrategien umsetzen. Gleichzeitig steigern wir mit solchen Projekten die Lebensqualität vor Ort und schaffen attraktive Wohnumfelder.

Mit dem neuen Förderprogramm zur Nachrüstung von Partikelfiltern für Baumaschinen leisten wir einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und sorgen für mehr Gesundheitsschutz auf den Baustellen. Insgesamt zwölf Millionen Euro stehen dafür in den kommenden beiden Jahren bereit.

### **Sozialen Zusammenhalt stärken**

Mit dem Bürgergeld erneuern wir das Schutzversprechen unseres Sozialstaats und sorgen für mehr Chancen, Sicherheit und Respekt. 2023 stellen wir für die größte Sozialreform der vergangenen 20 Jahre 24 Milliarden Euro zur Verfügung, hinzu kommen über zehn Milliarden Euro für die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Zudem setzen wir auf eine aktive und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik. Das SGB II-Gesamtbudget wird um 500 Millionen Euro erhöht – davon sind 300 Millionen Euro für Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitsuchende sowie 200 Millionen Euro für Verwaltungsleistungen bestimmt. Insgesamt stehen für Eingliederung und Verwaltung nun 10,35 Milliarden Euro zur Verfügung.

Damit die Bundesagentur für Arbeit jederzeit in der Lage ist, für einen stabilen Arbeitsmarkt zu sorgen, haben wir 15 Milliarden Euro für Liquiditätshilfen bereitgestellt. Das im Bundeshaushalt 2022 vorgesehene Darlehen an die Arbeitsagentur von einer Milliarde Euro kann 2023 vollständig getilgt werden.

Wir stärken die berufsbezogene Deutschsprachförderung. Zusammen mit Ausgaberesten aus 2022 stehen hierfür rund 390 Millionen zur Verfügung.

Mit den Zuschüssen an die Rentenkassen sorgen wir auch 2023 für stabile und verlässliche Renten. Zudem haben wir beschlossen, eine Stiftung zur Auszahlung des Fonds für Betroffene von Härten einzurichten. Dafür stellt der Bund 500 Millionen Euro bereit. Mit dem Fonds sollen Härtefälle infolge von Ost-West-Rentenüberleitungen, für Spätaussiedler:innen und für jüdische Zuwanderer:innen aus der ehemaligen Sowjetunion abgemildert werden. Es handelt sich um 180.000 bis 190.000 Menschen. Die Länder können noch bis Mitte 2023 der Stiftung beitreten, wenn sie sich dazu verpflichten, ihren Anteil einzubringen.

Darüber hinaus bringen wir 2023 diverse Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg: Wir starten das Bundesprogramm Barrierefreiheit, um mehr Inklusion und Teilhabe im Alltag voranzutreiben. Dafür stehen zwei Millionen Euro für 2023 bereit, die nach dem Eckpunktebeschluss im Kabinett Anfang Dezember freigegeben werden. Darüber hinaus bauen wir die erfolgreiche Beratungsarbeit der Bundesfachstelle Barrierefreiheit und der Überwachungsstelle barrierefreie IT aus und stellen zusätzliche Mittel in Höhe von 5,2 Millionen Euro bis 2026 zur Verfügung. Auch der Partizipationsfonds zur Förderung von Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung erhält rund 40 Prozent mehr Mittel, ein Plus von 400.000 Euro.

Wir kämpfen entschieden gegen Kinderarmut. Deutliche Zuwächse gibt es hier bei den gesetzlichen Leistungen, etwa beim Kinderzuschlag (plus 400 Millionen Euro) und beim Unterhaltsvorschuss (plus 130 Millionen Euro). Wir erhöhen das Kindergeld auf einheitlich 250 Euro monatlich pro Kind. Damit gehen wir wichtige Schritte in Richtung einer armutsfesten Kindergrundsicherung.

Zudem verbessern wir die Qualität der Kinderbetreuung. Für 2023 und 2024 sind jeweils knapp zwei Milliarden Euro für das Kita-Qualitätsgesetz eingeplant. Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ werden wir mit 109 Millionen Euro befristet fortführen. Künftig sind die Länder gefragt, dieses erfolgreiche Programm mit den Mitteln aus dem Kita-Qualitätsgesetz fortzusetzen.

Die pandemiebedingten Belastungen bei Kindern und Jugendlichen wirken nach. Mit einem „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ knüpfen wir an das erfolgreiche Pro-

ogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ an und fördern es mit 55 Millionen Euro. „Mental Health Coaches“ sollen bundesweit an Schulen zum Einsatz kommen und sich individuell psychisch und sozial belasteten jungen Menschen zuwenden.

Die Stärkung der Demokratie und der Kampf gegen Rassismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ stehen im kommenden Jahr noch einmal 16,5 Millionen Euro mehr als 2022 zur Verfügung – und damit insgesamt 182 Millionen Euro. 2023 sind insgesamt 200 Millionen Euro für zahlreiche Projekte und Initiativen vorgesehen, die der Demokratieförderung und Extremismusprävention zugutekommen.

### **Für ein starkes, solidarisches und digitales Gesundheitssystem**

Wir sorgen für ein starkes, solidarisches und stabiles Gesundheitssystem und meistern zugleich die Folgen der Corona-Pandemie. Das spiegelt sich auch im Haushalt 2023 wider: Im Vergleich zum Regierungsentwurf ist der Etat des Bundesgesundheitsministeriums um 2,5 auf 24,5 Milliarden Euro angestiegen.

In den Beratungen konnten wir sechs Millionen Euro mehr für die Digitalisierung des Gesundheitswesens durchsetzen. Fünf Millionen Euro sind für die digitale Transformation bestimmt, also etwa für Telemedizin-Modellprojekte oder digitale Testregionen. Mit einer Million Euro soll das Notaufnahmeregister in die Krankenhaus-Kapazitäts-Surveillance aufgenommen werden, damit Behandlungskapazitäten in Kliniken besser und schneller erfasst werden können.

Wir setzen uns auch 2023 für eine bessere Gesundheitsversorgung unserer Kinder ein: Mit 200.000 Euro soll etwa eine Koordinierungsstelle für die Förderung klinischer Studien finanziert werden, in denen die Arzneimittelsicherheit bei Kindern und Jugendlichen untersucht werden soll. Weitere 150.000 Euro sind für ein Pilotprojekt zur Versorgung von Kindern mit schweren angeborenen Hauterkrankungen bestimmt.

Darüber hinaus ist ein Zuschuss an die Aktion Psychisch Kranke in Höhe von 150.000 Euro vorgesehen – damit steigen die Mittel auf knapp 700.000 Euro.

Wir stärken die gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung. Der „Nationale Präventionsplan“ ist mit 850.000 Euro unterlegt. Für Beratungen von Betroffenen von Long-Covid stellen wir insgesamt 21,5 Millionen Euro zur Verfügung, also über 600.000 Euro mehr. Für Aufklärungsmaßnahmen zu Drogenmissbrauch steht eine Million Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon finanzieren wir auch begleitende Maßnahmen für die Cannabis-Legalisierung sowie Aufklärungsmaßnahmen gegen „Crystal Meth“-Missbrauch. Für den Umbau der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit stellen wir 250.000 Euro bereit.

Wir stärken die internationale Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit mit insgesamt 10,5 Millionen Euro, ein Plus von rund fünf Millionen Euro. Den „Global Health Hub“ haben wir mit einer Million Euro zusätzlich ausgestattet. „UNAIDS“, das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids, ist mit rund 3,8 Millionen Euro mehr unterlegt.

Für die Arbeit des Deutschen Pfliegerates im Gemeinsamen Bundesausschuss haben wir wieder Mittel in Höhe von 900.000 Euro für 2024 und 2025 gesichert.

Im Bereich der Gesundheitsforschung werden wir mit einer Finanzierung von fünf Millionen Euro die Forschung zu Endometriose fördern, um diesem lang vernachlässigten Feld der Frauengesundheit endlich mehr Bedeutung zukommen zu lassen. Zusätzlich werden wir ein neues Translationszentrum für Gen- und Zelltherapie gründen – hierfür stellen wir vier Millionen Euro in 2023 und weitere 40 Millionen bis 2026 bereit.

### **Internationale Verantwortung**

Am 24. Februar hat Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Deutschland und seine internationalen Partner in der EU und NATO stehen fest an der Seite der Ukrainer:innen. Wir unterstützen militärisch, finanziell, diplomatisch und humanitär. Deutschland wird künftig aber auch selbst mehr Verantwortung übernehmen. Deshalb investiert die Bundesregierung mit insgesamt über 58 Milliarden Euro (50,1 Milliarden aus dem Verteidigungshaushalt und für das Jahr 2023 gut 8,5 Milliarden aus dem Sondervermögen) in seine Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit.

Zugleich stärken wir die internationale Zusammenarbeit: Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhalten jeweils eine Milliarde Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen war. Das Geld nutzen wir für den Kampf gegen den Hunger, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention sowie zur Finanzierung des Resettlementprogramms für Menschen in Gefahr in Afghanistan. Außerdem haben wir die aus dem Entlastungspaket vereinbarte eine Milliarde Euro für den Kampf gegen den Hunger für dieses Jahr freigegeben.

### **Innerer Zusammenhalt**

Gerade in Zeiten internationaler Krisen ist es wichtig den inneren Zusammenhalt zu stärken. Angesichts aktueller Herausforderungen stärken wir die wichtigen Bereiche Zivil- und Bevölkerungsschutz, die innere Sicherheit und Integrationsmaßnahmen für Migranten deut-

lich mit insgesamt 329 Millionen Euro. Die Stärkung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und des Technischen Hilfswerkes (THW) mit über 100 Millionen Euro ist eines unserer zentralen Anliegen.

Zur Integration der großen Zahl Geflüchteter vor allem aus der Ukraine werden zusätzlich 153 Millionen Euro für Integrationskurse zur Verfügung gestellt. Angesichts einer neuen Bedrohungslage haben wir uns erfolgreich für zusätzliche Mittel für die innere Sicherheit und Cybersicherheit in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro eingesetzt. Die im Regierungsentwurf noch vorgesehenen Stellenkürzungen beim Bundeskriminalamt haben wir abgewendet und die Bundespolizei See mit neuen Streifenbooten und Drohnen zum Schutz kritischer Infrastruktur verstärkt.

Zusätzlich bauen wir die Programme zur Extremismusprävention und politischen Bildung mit 15,7 Millionen Euro weiter aus. Wir haben in den parlamentarischen Haushaltsverhandlungen deutliche Zeichen für die Unterstützung jüdischen Lebens in Deutschland gesetzt. Mit einer höheren Finanzierung des Zentralrats der Juden, der Synagoge in Berlin-Wilmersdorf und des Centrum Judaicum gehen wir die Aufgabe entschlossen an, jüdisches Leben zu fördern und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen.

### 3. ZUR WOCHE

#### **ZP: Bau von Flüssiggasinfrastruktur erleichtern**

In den vergangenen Monaten hat Russland schrittweise die Gaslieferungen nach Deutschland gedrosselt und zuletzt vollständig eingestellt – mit der Folge, dass die angespannte Lage auf den Energiemärkten weiter verschärft hat. Deshalb sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Krisenvorsorge und die Instrumente der Krisenbewältigung zu stärken. Dazu wird das Energiesicherungsgesetz (EnSiG) erneut angepasst sowie weitere energierechtliche Vorschriften ergänzt.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, müssen die fehlenden Gasmengen in erheblichem Umfang durch Flüssiggas (LNG) ersetzt werden. Insofern bedarf es der kurzfristigen Errichtung einer Infrastruktur, um LNG bspw. über schwimmende LNG-Terminals anlanden zu können. Die Errichtung der entsprechenden Infrastruktur gestaltet sich allerdings aufgrund weitreichender Lieferkettenprobleme zeitlich schwierig.

Der Entwurf sieht eine Rechtsgrundlage für die Enteignung von bestimmten Materialien oder Komponenten vor, die für den Bau von Gasinfrastrukturvorhaben benötigt werden. Darüber hinaus können Inhaber von Unterlagen, die für den Bau der Gasinfrastruktur relevant sind, künftig verpflichtet werden, den Zugang zu entsprechenden Informationen zu gewährleisten.

Den Gesetzesentwurf beraten wir diese Woche in 2./3. Lesung.

#### **ZP: 200 Euro für Studierende, Fach- und Berufsschüler:innen**

Nachdem wir bereits zwei Heizkostenzuschüsse für BAföG-Empfänger:innen in Höhe von 230 und 345 Euro sowie eine Energiepreispauschale von 300 Euro für Studierende mit Minijobs auf den Weg gebracht haben, sorgen wir nun dafür, dass alle Studierenden, Fach- und Berufsschüler:innen eine Energiepreispauschale von 200 Euro erhalten, um die gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten abzufedern. Das ist besonders wichtig, da das Armutrisiko bei ihnen deutlich höher als in der Gesamtgesellschaft liegt. Den entsprechenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung beraten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Wer kann die Einmalzahlung erhalten? Alle Studierenden, die zum 1. Dezember 2022 an einer Hochschule in Deutschland immatrikuliert sind, also derzeit rund drei Millionen Studierende. Dazu zählen auch Promotionsstudierende sowie Studierende in Teilzeit, in einem Urlaubssemester oder einem dualen Studium. Auch Personen, die einen Unterhaltsbeitrag



nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld bekommen haben bzw. bekommen, können die Einmalzahlung erhalten. Zusätzlich haben etwa 450.000 Fachschüler:innen sowie Berufsschüler:innen darauf Anspruch, wenn sie eine mindestens zweijährige Ausbildung absolvieren.

Die Einmalzahlung ist steuer- und sozialversicherungsfrei. Die Energiepreispauschale muss beantragt werden. Dafür soll eine digitale Antragsplattform eingerichtet werden – darüber müssen sich Bund und Länder jetzt verständigen, damit das Geld schnell und unbürokratisch möglichst noch im Januar 2023 ausgezahlt werden kann.